



## Veranstaltungsrückblick

Hybrid-Veranstaltung am 15. Juli - als Präsenzveranstaltung in der VHS und online über Zoom  
Vortrag von Orhan Sat in der Reihe »Wege zu einer Kultur des Friedens«



### Orhan Sat Die Türkei in der Krise

Unsere Hybridveranstaltung ist leider nicht von Anfang an über Zoom übertragen und auch nicht aufgezeichnet worden. Es gab technische Schwierigkeiten, die wir leider erst zu spät bemerkt hatten... wahrscheinlich auf eine falsche Einwahl zurückzuführen, also ist das Missgeschick beim nächsten Mal zu verhindern. Die erlaubten zwölf Personen im Speicher der VHS hörten einen Vortrag mit vielen interessanten und zugleich erschreckenden Informationen. Erfreulich war die Atmosphäre einer lang vermissen Präsenzveranstaltung.

#### »Krise oder Untergang: Die Türkei heute - Innen- und Außenpolitik«

Im Mittelpunkt des Vortrags von Orhan Sat stand die Rolle der AKP und ihres Vorsitzenden Erdogan. Der Referent beschrieb sie als eine faschistische Partei, die nach totaler Macht auf allen Ebenen strebt. Als ethno-religiöse Kraft dringt sie tief ins alltägliche Leben der Bevölkerung. Wer nicht als »loyal« gilt, wird ausgeschaltet. Ihre Anhänger dominieren alle Institutionen und zerstören sie. Es gibt derzeit keine wirksame Gegenmacht.

Alle Schlüsselindustrien sind privatisiert, desgleich alle Straßen; der Staat garantiert den Besitzern einen festen Gewinn. Aber die Aushöhlung des Rechtsstaat wird zum Problem: Die Investoren verlassen das Land. Wer Vermögen besitzt, bringt es nach Möglichkeit ins Ausland. Die Folge dieser Kapitalflucht ist eine Wirtschafts- und Währungs Krise mit galoppierender Inflation. Die Durchschnittsbevölkerung muss sich verschulden, um ihren Lebensunterhalt zu bezahlen.

Trotz dieser kritischen Situation strebt Erdogans Regierung auch nach außenpolitischer Macht, vor allem am Mittelmeer (Griechenland, Libyen). Darüber hinaus träumt sie von einer Rückkehr zum Osmanischen Reich und strebt nach Einfluss im turanischen Raum (Zentralasien).

Aber die AKP ist nicht der monolithische Block, als der sie von außen erscheint. Erdogans Beliebtheit in der Bevölkerung hat stark abgenommen und beträgt nur noch 30 %. Vor allem die großen Städte sind an die Opposition gefallen. Um an der Macht zu bleiben, muss sich Erdogan auf die MDP stützen, eine rechte, strikt antikurdische Partei, die immer strengere Sanktionen und ein Verbot der Kurdenpartei MHP verlangt.

Wie lange sich Erdogan noch an der Macht halten kann, ist unsicher. Aber ein Machtverlust der AKP bedeutete nicht automatisch eine Demokratisierung, da auch die Opposition weit rechts steht.

In der anschließenden Diskussion wies der Referent auf den wachsenden Einfluss der AKP in Westeuropa hin. Allein in Deutschland gibt es zahlreiche Vereine, die alle von einer AKP-loyalen Organisation kontrolliert werden.

Ingeborg Gerlach

Hybrid-Veranstaltung am 8. Juli - als Präsenzveranstaltung in der Dornse des Altstadtrathauses und online als Live-Stream über Youtube mit einem Vortrag von Ralph Becker

## Flaggentag 2021

Die aktuelle Friedenskrise - Wie bewältigen wir die Krisen der Menschheit?



<https://youtu.be/SxJZ3NMzey8> Video zur Veranstaltung von Jan-Henrik Siemers



*Elke Almut Dieter berichtet über den Vortrag von Ralph Becker, Koordinator der Initiative Sicherheit neu denken! Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik, Ev. Landeskirche Baden*

Wir leben in mehreren Krisen parallel: Die Klimakrise mit den exponentiell steigenden Temperaturen, die Migration, die Pandemie, der digitale Wandel und die Entwicklung Künstlicher Intelligenz, die uns wahrscheinlich zu der Einsicht in

die Notwendigkeit der Kooperation führen wird, beschäftigen uns ebenso wie die Globalisierung und die damit verbundene soziale Schere.

Der Abstieg der USA und der Aufstieg Chinas verändern das bisherige Weltgefüge, ein Wandel, der als Krise empfunden wird und nicht ohne Konflikte abläuft. Um zukünftige Konflikte zu vermeiden, müssen sich Dinge verändern, müssen Probleme gelöst werden. Die wichtigsten Ziele der Veränderung sind in den Weltentwicklungszielen der UN-Charta festgehalten: No poverty, zero hunger, good health and wellbeing, quality education..... ( <https://unric.org/de/17ziele/> )

Das Weltgefüge ist im Wandel – gemeinsam müssen wir die zukünftige Welt gestalten. Die UNO gibt es seit 75 Jahren – eine wichtige Institution, die dafür sorgt, dass alle Staaten miteinander im Gespräch sind.

Das letzte Jahrhundert war geprägt von der kolonialen und von der westlichen Hegemonie. Der Kolonialismus des letzten und vorletzten Jahrhunderts wirkt als hegemonialer Anspruch nach: die Abhängigkeiten bestehen noch heute... z.B. Frankreich und Mali; England und Libyen. Hegemonie - definiert als die zugeordnete oder eingenommene Führungsrolle oder Priorität einer gesellschaftlichen Institution o.ä. in militärischen wirtschaftlichen, politischen, sozialen, religiösen oder kulturellen Angelegenheiten.

Die westliche Hegemonie zeigt sich in der Weltwährung. In der Konferenz von Bretton Woods war der Dollar \$ als Leitwährung festgelegt, inzwischen haben der Euro und der Yen auch eine tragende Rolle in der westlichen Hegemonie. Die westliche Hegemonie zeigt sich ebenso in der Verteilung der militärischen Stützpunkte der USA, der militärischen Stützpunkte Russlands und der militärischen Stützpunkte Chinas. Aus der Sicht Russlands (Folie 10) stellen die die westlichen Stützpunkte eine Bedrohung dar.

Es gab die Zeiten der Zusammenarbeit: Die Charta von Paris - die Beendigung des kalten Krieges und eine neue Kooperation zwischen Ost und West - hatte die Chance auf einen Neuanfang in Richtung Kooperation in Sachen Sicherheit. Der Anschluss der ehemaligen sowjetischen Randstaaten an die NATO und der Kriegseinsatz im Kosovo stärkte die westliche Hegemonie statt Kooperation. Russland litt unter dem Kapitalismus im eigenen Land > Milliardäre lebten auf Kosten der breiten Bevölkerung und zwangen zu rigorosen Maßnahmen.

Noch 2001 reicht Russland dem Westen die Hand: Putin spricht im Bundestag über einen gemeinsamen Aufbau des Hauses Europa, noch 2005 entscheiden die Staaten gemeinsam mit Russland über eine neue UNO-Regelung: Responsibility to Protect.

Der entscheidende Bruch kam durch das Eingreifen des Westens in Libyen. Der Aufstand gegen Gaddafi und der Bürgerkrieg in Libyen eskalierte, als es um die Entscheidung ging, in Libyen einzugreifen oder nicht. Russland und China hatten sich im Sicherheitsrat enthalten, wollten den Konflikt intern regeln. Frankreich als ehemalige Kolonialmacht hatte Interessen dort, drängte auf den Angriff durch die NATO. Russland empfand das als Verrat.

*(In einem Text von Gerald A. Perreira heißt es: »Die Exekution von Muammar Gaddafi und jenen, die an seiner Seite kämpften, und die Zerstörung der libyschen Dschamahirija ist eines der größten Verbrechen dieses Jahrhunderts. Diejenige, die dafür verantwortlich sind wie Nicolas Sarkozy, Barack Obama, Hillary Clinton, David Cameron, King Salman bin Abdulaziz al-Saud und Emir Tamin bin Thani, müssen wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt werden. Es hatte sich eine gefährliche Koalition zusammengefunden aus halbfeudalen arabischen Regimen, Katar, VAE, Sudan mit zwielichtige Monarchisten und al-Kaida nahen Terroristen in Libyen. Sie arbeiteten mit dem CIA und MI5 seit Jahrzehnten zusammen, verbunden durch das gemeinsame Ziel. Für sie gab es nur ein Ziel: die totale Zerstörung.«)*

Russlands Traum von einem eurasischen Wirtschaftsraum wäre mit der Ukraine stark gewesen. Es hat ein ökonomisches Interesse an der Ukraine, einen eurasischen Wirtschaftsraum in Form einer Zollunion aufzubauen (Folie 17)... Seit '98 besteht ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der EU. Die EU hat die Ukraine gedrängt, sich zwischen Russland und der EU zu entscheiden. Der Konflikt führte zur Gewalt, zu dem noch heute andauernden Bürgerkrieg.

2014 hat Putin »die Krim nach Russland geholt«

*(Wladimir Putin berichtete im Februar 2015, er selber hätte am Morgen des 23. Februar 2014 im Kreml wegen des zunehmenden Machtverlustes von Janukowytsch gegenüber seinen Mitarbeitern erklärt: »Wir müssen beginnen, die Krim zurück zu Russland zu holen« Quelle: Wikipedia)*

für ihn war die Friedensordnung aufgelöst. Das kam nach Beckers Meinung nicht überraschend – es war ein langer Prozess bis dahin. (Folie 18/19) Der Westen reagierte mit Sanktionen.

Am 22. Juni 2021, dem Jahrestag des Überfalls von Nazideutschland auf Russland erfolgt ein neues Angebot von Putin: sein Artikel in der überregionalen Zeitung »die Zeit«. Der betont, er sei weiterhin offen für einen eurasischen Wirtschaftsraum.

Fazit: Kooperation statt Konfrontation bringt die Welt mit ihren Krisen voran. Es gibt gute Beispiele: die global Goals der UNO, die für eine gemeinsame Weltinnenpolitik stehen: Die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung sind politische Zielsetzungen der Vereinten Nationen, welche weltweit der Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung auf ökonomischer, sozialer sowie ökologischer Ebene dienen sollen. Sie wurden in Anlehnung an den Entwicklungsprozess der Millenniums-Entwicklungsziele entworfen. (No Poverty, zero Hunger, good health and wellbeing, quality education...) Seit 2016 arbeiten alle Länder daran, diese Ziel umzusetzen.

Am Beispiel der UN-Klimakonferenz in Paris zeigt Ralf Becker auf, dass eine Zusammenarbeit und gemeinsame Lösungen möglich sind. Die Sicherheitslogik muss zu einer Friedenslogik werden.

Sein zweites Beispiel: 2009 reicht Obama den Moslems die Hand zur gegenseitigen Achtung und Verständigung.

Auf den Folien 24 - 28 zeigt Ralf Becker die Möglichkeiten der Kooperation auf wirtschaftlichem, auf militärischem und auf sozial-ökologischem Gebiet auf, zum Beispiel mit der Weltleitwährung »bancor« wie sie von Keynes schon 1944 auf der Konferenz von Bretton Woods vorgeschlagen wurde. Auch der von der BRD 2004 ins Leben gerufenen Aktionsplan Zivile Krisenprävention ist ein gutes Beispiel. , ebenso die Zertifizierung von seltenen Erden in Afrika... Das Positiv-Szenario von Sicherheit neu denken beinhaltet eine grundlegende Veränderung der heutigen Verhältnisse. Durch eine Veränderung der politischen Haltung in Richtung Kooperation und ziviler Krisenprävention können Krisen kooperativ bewältigt werden. Es basiert auf einer Kultur der Mediation, die wir heute schon geschaffen haben, auf dem Prinzip der Gleichheit und der Souveränität aller Völker, das in der UNO verkörpert ist. Diese Ansätze gilt es zu stärken und zu erweitern: Die kooperative Krisenbewältigung verlangt ein neues Verständnis von Global Government: die Stärkung der UN-Charta mit darin festgeschriebenen Zielen und Grundsätzen: Prinzipien der Gleichheit und Souveränität aller Völker und Staaten sowie die Berücksichtigung ihrer nationalen Besonderheiten statt Verabsolutierung westlicher Werte. Huntington. »Der Glaube an die Universalität der westlichen Welt krankt an drei Problemen: er ist falsch, er ist unmoralisch, er ist gefährlich.«

Dass eine Politik der Krisenprävention erfolgreich ist, zeigen gelungene Beispiele für eine Konfliktbeilegung in Afrika , wo auch eine Friedensuniversität aufgebaut wurde, die Friedensfachkräfte für Afrika ausbildet.

Der 20-jährige Militäreinsatz in Afghanistan dagegen ist gescheitert. Trotz erheblicher finanzieller Mittel und modern ausgerüsteter Armeen gab es keine Lösung der Probleme, stattdessen droht dem vom Krieg zerstörten Land ein Bürgerkrieg.

Ralf Becker weist auf aktuelle gesellschaftliche Polarisierungen in Deutschland hin und die Chance der Konfliktbewältigung durch ein Konfliktmanagement der Kommunen: Konkrete Hilfen durch bereits bestehende Einrichtungen wie auf der Folie 46 gezeigt.

Das Zitat von Rainer G. Hoffmann, DGB, »Was wir brauchen, ist ein grundlegendes Umdenken, .. ein erweitertes Sicherheitsverständnis. Ein Sicherheitsverständnis, in dessen Mittelpunkt der sozialgerechte Übergang in eine klimaneutrale Wirtschaft steht, ein Sicherheitsverständnis, das auf soziale statt auf militärische Sicherheit setzt, das auf Konfliktvermeidung und Krisenprävention setzt und nicht immer neue Fluchtursachen erzeugt, ... sondern Fluchtursachen bekämpft... Das bedeutet auch, dass wir ein Vielfaches der heutigen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe brauchen – Abrüsten statt Aufrüsten, daran führt kein Weg vorbei.«

Geld aus dem Topf der militärischen Aufrüstung brauchen wir auch für eine bedarfsgerechte Finanzierung der UNO.

Es folgte eine anschließende Diskussion zu den Themen:

- Hoffnung auf eine positive Veränderung
- Dank für das Aufzeigen eines Weges zu einem positiven Ziel
- Skepsis gegenüber der Machbarkeit
- Diskussion um die Haltung der Kirchen
- Kritik am Unterschätzen des Widerstandes der Wirtschaft



<https://youtu.be/SxJZ3NMzey8> Video zur Veranstaltung von Jan-Henrik Siemers

### **Rückzug aus Afghanistan**

Nach 20 Jahren Krieg in Afghanistan beendet die USA ihren Militäreinsatz abrupt und auch die deutschen Militärs verlassen das geschundene Land.

Der Abzug der bundesdeutschen Truppen aus Afghanistan geschah im Zuge des US-amerikanischen Truppenabzugs und war sicher nicht selbst bestimmt. Die Sicherheitsprobleme in Afghanistan sind mit dem Abzug gewachsen. Die Menschen zurückzulassen, die im Krieg mit ihnen zusammen gearbeitet haben, ist verantwortungslos, eine unterlassene Hilfeleistung. Die ehemaligen Helfer sollen ihre Flüge nach Deutschland selbst organisieren und bezahlen, ihre Rettung vor der Rache der Taliban ist also abhängig von ihren finanziellen Verhältnissen. Dass der Einsatz in Afghanistan gescheitert ist, wird nicht mehr bestritten. **Jetzt** müssen die von den Taliban bedrohten Menschen, die für bundesdeutsches Militär gearbeitet haben, kostenlos ausgeflogen werden, solange die Möglichkeit besteht, d.h. solange ein Flugplatz noch geöffnet ist. Auch Abschiebungen von Flüchtlingen in Deutschland müssen ausgesetzt werden.

Die Nachrichten vom Rückzug aus Afghanistan sollen nicht unbeantwortet bleiben: Inge Gerlach schreibt:

### **Mit Pauken und Trompeten - Großer Zapfenstreich für die aus Afghanistan heimgekehrten Soldaten**

Am 31. August 2021 soll ein Großer Zapfenstreich I vor dem Bundestag zu Ehren der aus Afghanistan zurückkehrten Truppen veranstaltet werden. Spät war es den politisch Verantwortlichen eingefallen, dass man fast 20 Jahre Krieg am Hindukusch nicht sang- und klanglos zu Ende gehen lassen dürfe. Obwohl ein solches nüchternes Ende dem kläglichen Ergebnis dieses Krieges voll und ganz entsprochen hätte. Was hatte man denn gewonnen? Was galt es zu feiern? Und der fluchtartige Abzug aus dem Land, wo man angeblich die westliche Freiheit verteidigte, hinterlässt dieses Land mehr oder weniger so, wie man es 2001 vorgefunden hatte. Nämlich als eine Beute der Taliban, zu denen jetzt auch noch Kämpfer des IS hinzugekommen sind. Was wird aus den einheimischen Helfern, die längst nicht alle Exil im Westen finden? Was wird aus den Frauen und Mädchen, die einige Jahre Bildung erfahren durften? Was wird aus der vorsichtig sich formenden Zivilgesellschaft, wenn wieder ein Gottesstaat entsteht? Zwar existiert Osama bin Laden nicht mehr, den die US-Regierung in einer extralegalen Hinrichtung liquidieren ließ. Auch ist Afghanistan kein Terroristennest mehr, aber das ist auch alles, was in zwanzig Jahren erreicht wurde. Aus dieser tristen Bilanz ergeben sich einige Fragen.

Eine davon stellte ein deutscher Militär, der auf die Kunde vom baldigen Abzug der Truppen äußerte, was er denn seinen Soldaten sagen sollte, wenn sie fragten, wofür sie gekämpft hätten und gestorben wären. Eine Antwort hat er nicht bekommen.

Das führt zu der nächsten Frage, ob 20 Jahre Krieg notwendig gewesen waren. Die US-Amerikaner waren nicht an Nation Building interessiert; ihnen reichte der militärische Sieg. Eine Afghanistan-Politik, die sich um den Ausgleich der ethnischen Gegensätze bemüht hätte, war nicht ihre Sache. Sie überließen das Regieren den War Lords, den Stammesherrschern, die sich an westlicher Aufbauhilfe bereicherten und ihren Anhängern Führungspositionen verschafften. Die USA dachten auch nicht daran, sich mit den Taliban zu arrangieren, solange diese noch schwach waren. Das tat erst, als es schon zu spät war, Trump, der sich den lästigen Krieg vom Hals schaffen wollte, und direkt mit den Taliban hinter dem Rücken der – freilich schwachen und korrupten – Regierung verhandelte. Es waren keine bindenden Abkommen, die er mit ihnen schloss, und heute, nach dem Abzug der amerikanischen Truppen, erobern sie eine Provinz nach der anderen.

Zieht man Bilanz, so kommt man zu der Frage, ob sich Militärinterventionen überhaupt »lohnen«. Neben Afghanistan zeigen der Irak, Syrien und Libyen (und demnächst Mali), dass keine dieser Interventionen etwas anderes als Chaos und Destabilisierung gebracht hat. Für Deutschland waren es 59 Tote,

Tausende von Verletzten und Traumatisierten sowie hohe Milliardenbeträge, die wir bezahlt haben. Die Höhe der afghanischen Verluste dürfte um ein Vielfaches höher liegen.

Deutschland müsse mehr »Verantwortung« zeigen, hieß es jahrelang, wenn wieder mehr deutsche Truppen angefordert wurden. Und die deutschen (Verteidigungs-)Politiker von Peter Struck bis Annegret Kamp-Karrenbauer stimmten vollmundig mit ein. Damit wären wir bei Max Webers berühmter Unterscheidung von Gesinnungsethik und Verantwortungsethik. Letztere wurde mit einem Militäreinsatz am Hindukusch und sonst wo gleichgesetzt. Die als Verteidigungsarmee gedachte Bundeswehr mutierte zur Interventionsarmee. Der Einsatz galt als Kriterium für Regierungstauglichkeit. Wer nicht mitmachte, wer sich, wie ein großer Teil der Linkspartei auf die pazifistische Gesinnungsethik berief, galt als nicht regierungsfähig. Aber wenn sich nun erweist, dass die Interventionen alles andere als »verantwortungsvoll« waren, fallen Gesinnungsethik und Verantwortungsethik zusammen. Die Bundeswehr muss ihre Konzeption ändern; die Linke kann bei ihrer Gesinnungsethik bleiben.

Und den Großen Zapfenstreich kann man sich sparen.

## Die Militarisierung schreitet voran

Der Rückzug aus Afghanistan ist nicht das Ende einer Politik der Militarisierung.

Möglichst noch vor den Wahlen sollten deutsch-französische Rüstungs Großprojekten durch den Bundestag geschleust werden: das Verteidigungsministerium will dem Haushaltsausschuss des Bundestages zahlreiche Rüstungsprojekte zur Billigung vorlegen, auch wenn deren Finanzierung noch offen ist. Als Lösung für die Finanzierbarkeit der besonders teuren Großprojekte schwebt dem Bundesverteidigungsministerium vor, deren Posten einfach anderen Haushaltsposten aufs Auge zu drücken. Begründung: »... weisen wir mit Nachdruck darauf hin, dass Verteidigung eine gesamtstaatliche Aufgabe ist, die sich nicht allein im Verteidigungshaushalt niederschlagen kann... Die staatliche Kernaufgabe Sicherheit muss breit getragen werden.« Frau Kamp-Karrenbauer im Positionspapier zur Zukunft der Bundeswehr (aus *IMI Ausdruck vom Juni 2021*, S. 59)

**Am 22. März beschloss die EU die Regelungen für eine Friedensfazilität:** die Bezeichnung ist grob irreführend, denn es geht darum, EU- Militäreinsätze und Waffenlieferungen an Drittstaaten künftig besser als mit den bisherigen Instrumenten finanzieren zu können. Die Friedensfazilität fungiert als »haushaltsexternes Instrument« und damit als Schattenhaushalt in einer rechtlichen Grauzone außerhalb des EU Budgets. Das hat den Vorteil, dass das Treiben des Finanzinstrumentes der Kontrolle durch das Europäische Parlament entzogen ist: eine gut bestückte und unkontrollierbare Kriegskasse der EU. (aus *IMI Ausdruck vom Juni 2021*, S. 70)

## Zum Thema des Sommers

### Die Wahlen

Am 23. August werden wir eine Befragung der Braunschweiger Direktkandidaten für die Bundestagswahl durchführen. Fünf Kandidaten haben zugesagt: Herr Christos Pantazis von der SPD, Frau Margeau Erdmann von den Grünen, Herrn Alper Özgür von den Linken, Frau Aniko Merten von der FDP und Herr Peter Rosenbaum als unabhängiger Kandidat. Herr Carsten Müller hat aus Termingründen leider abgesagt. Ihnen haben wir unsere Wahlprüfsteine zugeschickt. Sie entstanden nach der langjährigen Überzeugung des Friedenszentrums, dass Frieden mehr ist als die Abwesenheit von Krieg.

## Wahlprüfsteine

des Friedenszentrums und des Friedensbündnisses Braunschweig zur Bundestagswahl

Das Friedenszentrum legt den Hauptakzent bei den Wahlprüfsteinen auf den Gedanken des friedlichen Zusammenlebens der Menschen und Völker. Dafür sind nicht nur spezifisch friedenspolitische Aspekte maßgeblich, sondern auch politische, ökonomische, soziale, und ökologische. Die hier aufgeführten Gesichtspunkte versuchen diese Vielfalt im Kern abzudecken.

1

Die nächste Bundesregierung muss **zivile Konfliktbearbeitung innen- wie außenpolitisch als zentrales Handlungsfeld** aufnehmen. Zivilgesellschaftliche Organisationen sollten in ihrem Kampf um Menschenrechte, Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit und Frieden politisch und finanziell unterstützt werden. Es ist wissenschaftlich nachgewiesen, dass friedliche Konfliktlösungen (etwa durch Mediation) wesentlich effektiver sind als militärische. Studien und Evaluationen haben die klare Überlegenheit ziviler gegenüber militärischer Konfliktbearbeitung bewiesen. Kriege lösen keine Konflikte; Kriege schaffen Tod, Elend und Zerstörung. - Es gibt keine Alternative zu friedlicher Konfliktbearbeitung.

2

Die **Friedens- und Konfliktforschung** sollte systematisch ausgebaut werden. Der Wehretat sollte jährlich um 10 Prozent gekürzt werden. Für die Rüstungsforschung werden horrenden Beträge ausgegeben, und zwar auch indirekt, durch »double use«, d.h. die Möglichkeit sowohl ziviler wie militärischer Nutzung. Die Mittel für die zivile Konfliktlösung stehen in einem völlig unangemessenen Verhältnis dazu.

3

**Deutschland braucht ein restriktives Rüstungskontrollgesetz**, das den Export von Rüstungsgütern an Drittstaaten ausschließt. Deutschland ist viertgrößter Waffenexporteur der Welt. Oft werden Waffen auf Umwegen über andere Staaten in Krisengebiete geliefert und befeuern die dortigen Konflikte.

4

**Auf Auslandseinsätze der Bundeswehr muss verzichtet werden.** Das Grundgesetz hat die Bundeswehr als Verteidigungsarmee konzipiert und festgeschrieben. Jetzt wird sie als Einsatztruppe in Kampfgebieten verwendet. Der Einsatz in Afghanistan hat gezeigt, dass robuste Einsätze zu keiner Konfliktbewältigung führen.

5

Die Regierung muss endlich den **Bundestagsbeschluss von 2010 umsetzen (Abzug der Atomsprengeköpfe aus Büchel/Deutschland) und dem Atomwaffenverbotsvertrag beitreten.** Der Vertrag wurde von über 50 Staaten ratifiziert. Die Bundesregierung lehnt die Teilnahme bisher mit Rücksicht auf angebliche NATO-Verpflichtungen ab, obwohl etliche NATO-Staaten auch ohne atomare Teilhabe Natomitglieder geblieben sind.

6

Die Bundesregierung steht in der **Verantwortung**, auf Grund der historischen Schuld an zwei Weltkriegen **sich intensiv für Frieden einzusetzen** und sollte eine **Entspannungspolitik gegenüber Russland** betreiben. Das beinhaltet einen Verzicht auf Wirtschaftssanktionen als ein Mittel der Politik, die die zivile Bevölkerung hart treffen.

7

Wir fordern eine **gemeinwohlorientierte, ökologisch fundierte Wirtschaft**, welche weder die Gesundheit der Verbraucher\*innen noch die der Beschäftigten schädigt. Im Zentrum steht der Gedanke einer nicht profitorientierten Wirtschaft, welche die Umwelt schont, die legitimen Bedürfnisse ihrer Mitglieder befriedigt und Mittel für eine verantwortungsvolle Daseinsvorsorge bereitstellt. Einrichtungen der Daseinsvorsorge gehören vergesellschaftet oder in die öffentliche Hand.

8

Angesichts der sich immer weiter öffnenden Schere zwischen Arm und Reich sollte eine gerechte Besteuerung zum Ausgleich beitragen. Sie sollte eine **angemessene Erbschafts- und Vermögenssteuer** umfassen.

9

Wir fordern ein **auskömmliches Grundeinkommen für Erwerbslose**. Die Höhe wird von Wissenschaftlern\*innen derzeit zwischen 1200 und 1500 Euro monatlich eingeschätzt. Die von der Arbeitsverwaltung eingesetzten Maßnahmen und Sanktionen gegen Erwerbslose werden von den Betroffenen als absolut sinnlos, frustrierend und diskriminierend empfunden; sie verletzen vielfach die grundgesetzlich garantierte Würde des Menschen.

10

**Kostenlose Bildung von der Krippe bis zur Uni**. Bildung ist nach wie vor von der jeweiligen Herkunft abhängig, in Deutschland stärker als in vergleichbaren Staaten. Angesichts der immer größer werdenden Differenz zwischen Arm und Reich besteht die Gefahr, dass Grundrechte ausgehebelt werden und der innere Frieden ernsthaft in gefährdet ist. Großzügige Bildungschancen sind ein Mittel, diesem Trend entgegenzuwirken.

11

Wir fordern ein **Ende der Austeritätspolitik**. Die neoliberale Wirtschaftspolitik, welche große Gesellschaftsbereiche (Pflege, Bildung, Infrastruktur u.a) kaputtspart, führt dazu, dass unsere Gesellschaft unter ihren Entwicklungsmöglichkeiten bleibt. Darüber hinaus hinterlässt sie nachfolgenden Generationen ein marodes Gemeinwesen. Die Finanzierung der Maßnahmen sollte, wie gesagt, über eine gerechte Besteuerung insbesondere der »Superreichen« und über eine drastische Reduzierung des Militärs geschehen.

## Termine

*Fr 6. August 2021, 20.30 Uhr*

**»100 Kerzen auf der Oker - Hiroshimagedenkfeier am Okerufer«**

Hiroshima-Ufer in der Nähe der Brücke Jasperallee - mit Lesung und Musik (Andreas Siechau, Gitarre)

*Mo 23. August 2021, 19.00 Uhr*

**»Podiumsdiskussion zur Bundestagswahl - Befragung der Braunschweiger Direktkandidaten«**

Brunsviga, Großer Saal, Karlstr. 35

*Sa 28. August 2021, 11.00 Uhr*

**»Antikriegstag«**

Kohlmarkt, Braunschweig

*Do 16. September 2021, 19.00 Uhr*

**»Gemeinwohlökonomie im Gespräch«**

In der Reihe WEGE ZU EINER KULTUR DES FRIEDENS - Referent Norbert Stemmer  
VHS Alte Waage und/oder Online per Zoom.

Einem interessanten und abwechslungsreichen Sommer wünscht Ihnen  
der Vorstand des Friedenszentrums